

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Gerald Ullrich, Michael Theurer, Reinhard Houben, Dr. Marcel Klinge, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Alexander Müller, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Unternehmensnachfolge und Übergaben in Pandemiezeiten**

Die Übergabe von Unternehmen stellte bereits vor der Corona-Pandemie für eine Vielzahl von Betriebsinhabern oder Unternehmerinnen und Unternehmern eine erhebliche Belastung dar. Nach über einem Jahr der noch nie dagewesenen pandemischen Belastung unserer Gesellschaft und Wirtschaft hat sich diese Situation zusätzlich verschlechtert. Einer Umfrage des DIHK e. V. unter seinen Mitgliedern kam zu dem Ergebnis, dass die Nachfrage für Nachfolgeberatungen um bis zu 71 Prozent zurückgegangen ist. Der Hauptteil der zur Übernahme anstehenden Unternehmen entfiel im Jahr 2019 auf die Branchen Handel (30 Prozent), Industrie (21 Prozent) sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe (18 Prozent) (<https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/gruendung-und-nachfolge-unternehmensfinanzierung/unternehmensnachfolge/umfrage-zur-unternehmensnachfolge-34648>). Somit steht gerade in den Branchen ein Generationenwechsel an, welche besonders von den Pandemiebestimmungen getroffen sind. Die Perspektive für eine wirtschaftliche Tätigkeit in diesen Bereichen ist damit getrübt und somit auch die Nachfolgeaussichten. Hinzu kommen branchenspezifische Probleme bei den Übergaben, welche ebenfalls als Variablen zu betrachten sind ([https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm\\_materialien/dokumente/IfM-Materialien-286\\_2021.pdf](https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm_materialien/dokumente/IfM-Materialien-286_2021.pdf)). Dazu kommen regionale Unterschiede. Besonders in den ostdeutschen Bundesländern steht ein Generationenwechsel der Unternehmerschaft an, da viele Inhaber kurz nach der Wiedervereinigung ihr Unternehmen gründeten und nun dem Ruhestand entgegengehen. Vor allem für externe Unternehmensübergaben ist dabei der Verkaufswert des Unternehmens wichtig. Dieser bildet nicht zuletzt einen zentralen Baustein in der Altersvorsorge des aktuellen Inhabers. Wenn durch die Pandemie der Wert eines Unternehmens gesunken ist, bedeutet dieser Wertverlust somit auch in diesem Bereich Verluste.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Übernahme- bzw. Übergabeaktivität vor allem im Mittelstand durch die Corona-Pandemie entwickelt?

Was sind mögliche Gründe für deren Verschlechterung?

2. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um das Übergabegeschehen in Deutschland wieder zu aktivieren oder zu vereinfachen?
3. Wie viele Unternehmen stehen nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der nächsten fünf Jahre vor einer Übergabe und sind deswegen angehalten, sich zeitnah mit der Nachfolge zu beschäftigen, und wie viele sind hierbei dem Mittelstand zuzuordnen?
4. Wie wirkt sich nach Einschätzung der Bundesregierung der mögliche Wertverlust von Betrieben durch die Corona-Pandemie auf die Altersvorsorge des Betriebsinhabers aus?

Plant die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um Selbständigen, welche in den kommenden Jahren in den Ruhestand wechseln wollen, finanziell zu unterstützen?

5. Zieht es die Bundesregierung in Betracht, Bestandsschutzregelungen bei der Übernahme von Betrieben auszuweiten?

Wenn nicht, warum nicht?

6. Wie würden sich nach Einschätzung der Bundesregierung Vermögensabgaben, insbesondere angerechnet auf Betriebsmittel, auf die Situation von Unternehmensübernahmen auswirken?

Welche Effekte würden dabei jeweils vor und nach der möglichen Übergabe auftreten?

7. Plant die Bundesregierung, für die besonders getroffenen Branchen (etwa Handel, Gastronomie) Nachfolgeregelungen zu vereinfachen oder durch besondere Programme zu unterstützen?

Wenn nicht, warum nicht?

8. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um Übergabe und Nachfolgeinteressierte zusammenzubringen, und plant sie, diese Maßnahmen auszuweiten?

Berlin, den 19. Mai 2021

**Christian Lindner und Fraktion**